

Solidarität

unsere Chance

Nummer 133

Juli 2017

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Alles (in) Bewegung?



Mehr dazu auf den folgenden Seiten ...

Alles „bewegt“ sich – für wen?

Alles „bewegt“ sich: Die ÖVP-Granden lassen Kurz „bewegen“, um wieder Kanzler(partei) zu werden. Der grüne Pilz „bewegt“ sich, weil er sonst keinen Parlamentsitz mehr ergattert. Das Team Stronach „bewegt“ sich – ins Aus. Die Neos „bewegen“ sich zur Griss-Show. Und alle bewegen sich politisch immer schneller nach rechts – auch die Kern/Niessl/Doskozil-SPÖ mit ihrem Kriterien- und „Werte“-Katalog“ für die Zusammenarbeit mit der FP. Nur einer „bewegt“ sich nicht, ist schon dort: die FP von Strache-Hofer-Kickl & Co. Sie ist stramm rechts.

Seitdem die Neuwahlen am 15. Oktober ausgerufen sind, ist einiges in Gang gekommen. Im Parlament werden Gesetze beschlossen, die vorher jahrelang, vor allem von der ÖVP, blockiert worden waren – vor allem Gesetze, die den arbeitenden Menschen vielleicht ein wenig Entlastung bringen, wie zum Beispiel die Abschaffung des Pfleregeregrees. Der „Beschäftigungsbonus“ oder die „Aktion 20.000“ werden allerdings aus den allgemeinen Steuertöpfen bezahlt.

„Beschäftigungsbonus“

So nützt der „Beschäftigungsbonus“ zu allererst den Unternehmern, die für die Einstellung von „neuen“ Arbeitern und Angestellten im Rahmen des „Beschäftigungsbonus“ bis zum Jahr 2020 rund zwei Milliarden Euro an Lohn(neben)kosten vom Staat, also aus den Steuerzahlungen der Masse der Bevölkerung, bekommen. Der Effekt ist umstritten, weil ja laut Wirtschaftsforschern der Aufschwung gerade wieder anspringt und die Unternehmen auch so Neueinstellungen vorgenommen hätten. Und die großen Konzerne werden weiter rationalisieren und Menschen durch Maschinen ersetzen, die pfeifen auf den „Beschäftigungsbonus“. Die profitieren enorm davon, weder für die hinausgeschmissenen Arbeiter und Angestellten zahlen zu müssen. Wie das gerade der Pharmakonzern Shire, vormals Baxter, macht. 500 bis 650 Beschäftigte sollen ihren Arbeitsplatz in Österreich verlieren, obwohl es sich um hochprofitable und produktive Standorte handelt, nur weil der Konzern wo anders noch weniger Steuern zahlen muss oder mit noch weniger Beschäftigten weiter Profite scheffelt.

„Aktion 20.000“

Die „Aktion 20.000“ wiederum soll

für 20.000 Langzeitarbeitslose in Modellregionen – vor allem in Gemeinden und gemeinnützigen Einrichtungen – Arbeitsplätze schaffen: zu Kollektivvertragslöhnen, also zu Niedriglöhnen. Angeblich sollen davon „Normal-Anstellungen“ nicht betroffen sein. Aber wer wird nachrechnen, welche Gemeindejobs sonst normal angeboten worden wären. So entstehen unter Umständen gleichzeitig neue Arbeitslose, die dann in die Warteschleife kommen – und es dann billiger machen, sofern sie überhaupt einen Job bekommen. So läuft das Projekt Gefahr, bloß eine Umschichtung von Arbeitslosen zu sein.

Erleichterungen für Firmen

Viele weitere, jetzt schnell durchgepeitschte Gesetze, haben vor allem Erleichterungen für Firmen und Unternehmer gebracht. Man sieht also, die Regierung – obwohl die Koalition aufgekündigt ist – „arbeitet“, vor allem im Interesse der Wirtschaft. Auch die „Bildungsreform“ ist nicht im Interesse der Betroffenen, der Kinder, Schüler, Eltern und des Bildungsfortschritts (siehe dazu Beitrag an anderer Stelle).

Ab jetzt wird alles besser ...

... versprühen die Wahlkämpfer aller Farben Optimismus. Kein Wunder, geht es doch um einen gut dotierten Job im Parlament oder gar als Minister oder Kanzler. Jetzt will Kurz-Star von Gnaden der ÖVP-Granden den Austro-Macron geben. Ein Verschnitt: Türkis statt schwarz – zusammengemischt eine braune Neolib-Mischung, wie die Kurz-Vorschläge zu Finanzierung und Flüchtlingsdrama zeigen.

Vorher schon haben die NEOS mit Haselsteiner-Finanzierung aus ihrer schwarzen (VP) oder blauen

(FP/Liberales Forum) Vergangenheit eine pinke Gegenwart gemacht, um so ihren Neoliberalismus neu anzustreichen. Jetzt probieren sie es mit Griss nochmals.

Pilz wiederum will nunmehr mit der „anti-grün“-Masche sein in Wirklichkeit ebenso neoliberalen Programm als ganz „neuartiges“, „unabhängiges“ Antreten verkaufen oder gar als „Bürger“-Bewegung“ hinstellen.

Wenn sie neben Strache & Co neuerdings a l l e von „Heimat“ reden, wollen sie uns glauben machen, dass sie uns schützen wollen. In Wirklichkeit heißt ihrer aller Heimat aber „Profit“: Profitmachen, Profitsicherung oder am Profit mitnaschen – sei es durch eigene Geschäfte, legal oder illegal (was dann die Gerichte wenn überhaupt viele Jahre „aufarbeiten“), oder eben schon durch die hohen Gehälter und Bezüge, die sie von der Masse der Bevölkerung völlig abheben und entfremden und in dem Sinne korrumpieren, dass sie allesamt meinen, gegenüber den Bossen in der Privatwirtschaft ja viel zu wenig zu bekommen (was ja stimmt, aber diese Herrschaften noch mehr dazu bewegt, den noch größeren Abkassierern nachzueifern als auf die Bevölkerung zu schauen, oder gar die Gehälter und Boni der Konzernbosse, die Gewinnverschiebungen in Steueroasen und ähnliches mehr auch nur anzutasten. Diese Willfährigkeit fängt schon beim „einfachen“ Abgeordneten an und reicht bis hin zu den Ministern, Kanzlern und Präsidenten in Politik, Justiz und Verwaltung. Übrigens haben die FPÖ-Abgeordneten im Parlament die höchsten Bezüge obwohl sie sich derzeit gerne als die „wirklich wahren“ und „heimatsozialen“ Volksvertreter hinstellen wollen.

Macron-Effekt?

Jetzt, nach Macron in Frankreich, machen alle auf „Bewegung“. Aber all diese „Bewegungen“ kamen von oben, finanziert mit viel Geld. Macron war und ist genauso Teil des Establishments wie alle, die in Österreich derzeit als „Bewegung“ zur Wahl antreten wollen. Was absichtlich unter den Teppich gekehrt wird beim sogenannte „Macron“-Effekt ist: Die Wahlbeteiligung beim Macron-„Sieg“ ging auf 48% bzw. 42% zurück. Und die viel zitierte „Revolution“, die jetzt Frankreich ergriffen habe liegt darin, dass ein neoliberaler Präsident, der vor allem das Arbeitsrecht aushebeln will, mit real 15% (!) Rückhalt in der Bevölkerung 350 von 577 Sitzen im Parlament erhielt und damit diktieren will. Eine „Revolution“ von oben also, oder: Klassenkampf von oben.

Was es wirklich braucht

Was es braucht ist eine wirkliche Bewegung von unten:

► von den Menschen am Wohnort – zum Beispiel gegen die unleistbaren Mieten

► von den arbeitenden Menschen aus der „Wirtschaft“, d.h. aus Betrieben, Büros und von den vielen EPU's und sonst irgendwie Arbeitenden (Prekären, Cloudworkern usw.), wo der Arbeitsdruck steigt und steigt, die Löhne, Gehälter, das Einkommen aber von der realen Inflation weggefressen werden und die großen Firmen hohe Gewinne machen

► also von den Beschäftigten und ihren echten Belegschaftsvertretern und den Teilen der Gewerkschaften, die noch nicht ganz von der Sozialpartnerschaft angesteckt und umgedreht worden sind.

► Die arbeitenden Menschen brauchen dazu eine neue Organisation, müssen sich dazu neu zusammenfinden.

Auf neue Gesichter da oben zu hoffen, die sich als „Bewegung“

präsentieren und wieder nur wollen, dass wir für sie laufen, damit wir im Nachhinein wieder geschröpft werden, ist vergebens.

Wenn wir uns nicht selbständig und gemeinsam von unten organisieren, werden die Rechten, die sich jetzt schon in Polizei, Militär, Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik breit machen und die Politik bestimmen, zum für sie geeigneten Zeitpunkt offen organisieren und öffentlich auftreten, noch mehr Angst und Schrecken im Namen von Schutz und Sicherheit vor Ausländern, Fremden, Flüchtlingen, Arbeitslosen, Bettlern und mehr verbreiten. So lenken sie in Wirklichkeit von den wahren Verursachern von Lohn- und Arbeitsdruck, Arbeitslosigkeit, Mietwucher, Armut, Krieg und Flucht ab, von den 1% wirklichen Profiteure und Absahner und ihren Helfershelfern, um sie weiter zu schützen

*

Frankreich-Wahl

Die Wahl sowohl des neuen Präsidenten Emmanuel Macron, als auch die Gewinne seiner neuen Partei „La République en Marche“ in der Nationalversammlung verliefen (fast) ganz nach dem Geschmack der Eliten.

Ihr Kandidat, Macron, der „Superstar des Neoliberalismus mit menschlichem Antlitz“ (so der Kabarettist Severin Groebner in der Wiener Zeitung, 1./2.7.2017), der frühere Rothschild-Investmentbanker und spätere „sozialistische“ Wirtschaftsminister unter Hollande, hat sich als neuer „Führer“ und „Anti-Eliten-Held“ inszeniert und hat gewonnen – allerdings ohne das Volk!

Schon beim ersten Durchgang der Präsidentenwahl zeigte die französische Bevölkerung, dass sie von Macron nicht viel hält: Macron bekam zwar die meisten, aber nur 24% der abgegebenen Stimmen, die Rechte Le Pen 21,3%, der Konservative Fillon 20%, der Linkskandidat

Jean-Luc Mélenchon vom Stand weg fasst 19,6%, die „Sozialisten“ Hollandes (Hamon) nur 6,4%.



Die Franzosen zeigten im zweiten Durchgang zur Präsidentenwahl, dass sie die Rechten (Le Pen) keinesfalls wollen und wählten (bei einer Wahlbeteiligung von fast 75%) mit klarer Mehrheit von 66% Macron. Nicht wegen seines neoliberalen Programms, sondern trotzdem, um eben die Rechte Le Pen zu verhindern.

Bei der einen Monat später erfolgten Wahl zur Nationalversammlung (ver-

gleichbar mit unserem Nationalrat) ging die Wahlbeteiligung sogar – historisch einmalig – auf 48% (1. Wahlgang) bzw. auf 42,6% (2. Wahlgang) zurück!

Nicht einmal jede/r Zweite ging überhaupt zur Wahl, weil sie sowohl die Rechten (Le Pen) ablehnen als auch die vom Neoliberalen Macron / En Marche angekündigten heftigen sozialen Einschnitte ablehnen:



► Verschlechterungen des Pensionsrechts, Anhebung des Pensionsalters

► massive Aufweichung des Arbeitsrechts: statt gesetzliche Regelungen Abmachungen auf Unternehmens- und Betriebsebene, z.B. bei der Dauer von Dienstverträgen, beim Kündigungsschutz, bei den Arbeitszeiten

► Bevorzugung der Arbeitgeber bei Arbeitsgerichtsprozessen durch Deckelung der maximalen Entschädigungen für Entlassene), usw.

► Nicht nur Verlängerung des Ausnahmezustands bis November, sondern der „liberale“ Macron übernimmt dann durch ein neues „Sicherheitsgesetz“ die scharfen Ausnahmegesetze in die Regelgesetzgebung

Der „Sieg“ Macrons „La République En Marche“ (LREM) bei den Parlamentswahlen mit 32% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von bloß 48% im ersten gar nur mehr 42,6% (!) im zweiten Wahlgang bedeutet real,

dass er mit bloß 12% bis 16% der Stimmen der Gesamtwahlberechtigten das ganze Land regiert.



Ist das die „neue Revolution“, als welche die Medien Macrons „Sieg“ hinstellen? Der neue Präsident stellt mit seiner LREM-Partei eine absolute Minderheit dar, somit eine neoliberale Diktatur von oben im Demokratie-Mehrheits-Gewand.

Denn trotz dieses absolut mageren

Stimmergebisses hat seine LREM 350 der 577 Parlamentssitze.

© twimg.com/.Sivay /Überstzg: Red.



Wie sagte der Kandidat der Linken, Melançon, nach der Parlamentswahl: **Die hohe Enthaltung bei der Wahl sei eine Art „Generalstreik der Bürger“.** Die neue Regierung habe „keine Legitimität“, um den von ihr geplanten „sozialen Staatsstreik durchzuführen“.

Blick zurück im Zorn, Blick voraus in Sorge!

Das war Schwarz-Blau

Von Februar 2000 bis Oktober 2006 wurde Österreich von einer schwarz-blauen(orangen) Koalition regiert. Die Folgen für unser Land waren und sind nachhaltig desaströs.

Zur Erinnerung einige Schlaglichter:

► Verkauf öffentlichen Eigentums im Wert von rund 6 Mrd.€ (Buwog, BIG, Telekom Austria, Staatsdruckerei, VA Stahl, AUSTRIA Tabak; voestalpine), zum Teil äußerst kostengünstig an „Freunde der Regierung“

► Hypo-Alpe Adria, der größte Wirtschaftskriminalfall der 2. Republik (Milliardenkosten für Steuerzahler)

► Eurofighter-Beschaffung (Schmiergeldzahlungen, Vermittlungsprovisionen und Gegengeschäfte ohne erkennbare Gegenleistung)

► Gruppenbesteuerung kostet die

Steuerzahler ca. 500 Mio. Euro im Jahr, begünstigt Reiche und Konzerne

► Absenkung des Unternehmerbeitrages zur Krankenversicherung der Arbeiter

Das nennt man klare Umverteilungspolitik hin zum Regierungsklientel, während auf der anderen Seite Sozialleistungen gekürzt wurden:

Die Pensionsreform 2000/2003:

► Erschwerter Pensionszugang

► Abschlagserhöhung bei Pensionsantritt vor 60/65

► Witwen/Witwerpensionskürzung

► Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Erwerbsfähigkeit. (Auf diese Pensionsart waren fast ausschließlich schlecht qualifizierte Hilfsarbeiter mit Gesundheitsproblemen angewiesen. Viele dieser ohnehin schwer belasteten Gruppe warten nun 4,5

Jahre länger auf die Pension.)

► Pensionskürzungen im ASVG

► Streichung des Bundesbeitrages zum

Arbeitsmarktservice:

► Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung

► Kürzung der Familienzuschläge bei Arbeitslosigkeit

► Verschlechterungen beim Bezug von Arbeitslosenleistungen

► Entfall des »Postensuchtages«

Krankenversicherung:

► höhere und mehr Selbstbehalte in der Krankenversicherung (z.B.: Sehbehelfe)

► Kürzung der beitragsfreien Mitversicherung in der Krankenversicherung

► Erhöhung des Spitalkostenbeitrages

► Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge

Weiters:

- ▶ Einführung von Studiengebühren
- ▶ Ausweitung der Ladenöffnungszeiten und weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen von Handelsangestellten

Und weil das noch nicht reichte, wurde die gesamte Bevölkerung mit Steuer- und Gebührenerhöhung belastet

- ▶ Erhöhung der Energiesteuer
 - ▶ Erhöhung der motorbezogenen Versicherungssteuer, der Tabaksteuer
 - ▶ Verteuerung d. Autobahn-Vignette
- Trotz des angekündigten Nulldefizits war eine weitere Staatsverschuldung das Resultat.

Wenig beachtet bleibt die Tatsache, dass die FPÖ auch in der Opposition seit 2006 meilenweit entfernt von einer „s o z i a l e n“ Heimatpartei ist. Auch dazu einige Beispiele:

Die FPÖ stimmt

- ▶ gegen die Erhöhung des Pflegegeldes
- ▶ gegen ein Gesetz zur Eindämmung von Lohn- und Sozialdumping
- ▶ gegen die Möglichkeit für Bauarbeiter, vor Antritt einer Pension

Überbrückungsgeld zu beziehen, um eine Schwerarbeiterpension zu erhalten

"Ich kann mich an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte", urteilt der Sozialstaatsexperte Emmerich Talos.

Blick voraus in Sorge

Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ scheint sehr wahrscheinlich. Nicht, dass unsere derzeitige Regierung das Gelbe vom Ei wäre. In diesem Artikel geht es aber darum, dass diese angebliche „Partei des kleinen Mannes“ – diese Bezeichnung alleine ist schon Hohn genug – die FPÖ, für den überwiegenden Teil der österreichischen Bevölkerung nichts als Schaden bringt.

Das Machwerk „Mut zur Wahrheit“ des blauen neoliberalen Wirtschaft-Think-Tanks Attersee-kreis offenbart, dass Strache, Haimbuchner und Co. die oben skizzierte Politik verstärkt fortsetzen wollen. Nur einige der genannten Vorhaben seien hier zur Veranschaulichung genannt:

- ▶ Der erste Krankenstandstag soll als Urlaubstag gelten
- ▶ Die Mindestsicherung soll auf 65% des niedrigsten Kollektivvertrags gesenkt werden
- ▶ Kürzung der Mindestpension von 870,- € auf 650,- €
- ▶ Einfrieren der Familienbeihilfe

Zuletzt hat nun Strache seinen grundsätzlichen Angriff auf Arbeitnehmerrechte verkündet: Er will die Kammern abschaffen, insbesondere die Arbeiterkammer, die gesetzliche Interessensvertretung der Arbeit und Angestellten. (Das sind jene, die als kleine Männer bezeichnet werden – von Frauen ist sowieso keine Rede). Das ist ein offener Angriff auf Arbeitnehmerrechte und in seiner Vorstellung erst der Beginn hin zu einem politischen System, das als faschistisch zu bezeichnen ist.

Spätestens hier hätte man sich einen Aufschrei der SPÖ erwartet. Was jedoch von dieser Seite kam, war der „Kriterienkatalog“ mit seinem roten Teppich für die FPÖ.

(Aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 2/2017)

Etikettenschwindel: Bildungsreformpaket

Die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer ist erbost, dass trotz der innenpolitischen Turbulenzen das sogenannte Autonomiepaket doch noch zustande kommt. Denn, wie schon oft gehört, das Bildungsreformpaket ist eine Verwaltungsreform – auf die brennenden Probleme der Schule gibt sie keine Antwort zu:

- 40 Prozent lese-, rechen- oder schreib-schwache 15-jährige
- zunehmendes Gewaltpotential unter Kindern und Jugendlichen
- überbordende Aufgaben für Lehrerinnen und Lehrer (von Sozialarbeit über Wissensvermittlung bis hin zu eigentlichen Elternaufgaben)

- Brennpunktschulen (Schulen mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien und MigrantInnen)

Wie man aus weltweit gleichlautenden Untersuchungen weiß, ist für das Gelingen von Schule zu rund 90 Prozent das verantwortlich, was die einzelne Lehrperson in der Klasse tut, also der individuelle Unterricht. Und dies sucht man im derzeitigen Bildungsreformpaket vergeblich.

Die vorgesehene Autonomie für Schulen ermöglicht es zwar, sich Unterstützungspersonal (psychologisches oder administratives) zu holen, aber nicht zusätzlich zu, sondern anstatt eines/r Lehrers/ Lehrerin. Das würde aber wieder zu einer Erhöhung

der KlassenschülerInnenzahl führen. Von der viel gepriesenen Individualisierung des Unterrichts ist dies wieder ein Schritt weg.

Das Zaubermittel Autonomie sieht auch vor, dass sich Direktoren und Direktorinnen die zu ihrem Standort passenden LehrerInnen aussuchen dürfen – in Zeiten des LehrerInnenmangels ein Witz. Aber wo werden dann die guten LehrerInnen (und es gibt gute und schlechte) landen? Sicher nicht immer an den Brennpunktschulen, denn es ist in dieser Bildungsreform nicht vorgesehen, diese besser auszustatten und attraktiver zu machen.

Dem kann auch der sogenannte Sozialindex (Brennpunktschulen

sollen mehr Ressourcen erhalten) nicht abhelfen, solange die vorgesehene Berechnungsart innerhalb eines Bundeslandes erfolgt. Die erschwerten Bedingungen in den Großstädten werden damit nicht berücksichtigt. Darüber hinaus ist nur eine Umverteilung und nicht eine Erhöhung der Ressourcen vorgesehen.

Der zweite Eckpunkt des „Bildungspakets“, die Clusterbildung (bis zu 8 Schulen werden unter einer Leitung zusammengefasst) ist ein pädagogischer Rückschritt und nichts anderes als eine Einsparungsmaßnahme. Nur kleine Einheiten erleichtern pädagogische Arbeit, das ist eine Binsenweisheit. Wie soll aber eine kilometerweit entfernte Leitung auf täglich aktuelle pädagogische Herausforderungen reagieren. Der Ball bleibt noch mehr bei den LehrerInnen in den Klassen. Von notwendiger Entlastung keine Spur. Die SchülerInnen bekommen nicht die notwendige Unterstützung und Förderung.

Das Ziel einer gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen wird in dem Schulreformpaket bis auf die Queren über die Modellregionen (Regionen, in denen die Gesamtschule erprobt werden soll) außer Acht

gelassen, weil die Trennung zwischen Bundes- (= AHS) und LandeslehrerInnen noch immer nicht aufgehoben wird.

Die Liste, was notwendig wäre aber nicht im „Schulreformpaket“ beantwortet wird, ließe sich noch fortsetzen. Es würde hier den Rahmen sprengen. Zu erkennen ist aber auch hier, was angesagt ist: Jeder gegen Jeden, die Entsolidarisierung unter den am Schulleben Beteiligten, Neid und Missgunst um die vorhandenen Ressourcen, Selektion statt Integration.

(Aus: GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg, Nr. 2/2017)

VW-Streik in der Slowakei zeigt: Kämpfen lohnt sich

Nach einer knappen Woche Streik waren die Beschäftigten von Volkswagen Slovakia erfolgreich.

Die Gehälter sollen in mehreren Etappen bis August 2019 um insgesamt 14,2 Prozent steigen (13,5% plus Einmalzahlung von 500 Euro). Die Gewerkschaftsvertreter hatten ursprünglich eine Erhöhung von 16 Prozent gefordert. Trotzdem wurde der Kompromiss als großen Erfolg gefeiert. In der 25-jährigen Firmengeschichte von Volkswagen Slovakia war dies der erste Streik überhaupt, 70 Prozent der Beschäftigten hatten sich nach Gewerkschaftsangaben an dem Streik beteiligt.

Das Werk VW Slovakia, in dem 12.300 Beschäftigte arbeiten, ist das produktivste VW-Werk weltweit, hat dem VW-Konzern 25 Jahre lang hohe Gewinne gebracht, doch die Arbeiter haben bisher kaum etwas davon gesehen, ihr Lohn machte einen Bruchteil dessen aus, was die deutschen Kollegen für die gleiche Arbeit erhalten. Der erfolgreiche Streik der 8.000 VW-Slovakia-Beschäftigten

ist auch ein Beitrag gegen das von Konzernen gerne betriebene Lohndumping durch Verlagerungen in andere Länder. Wermutstropfen: Warum haben die Gewerkschaften nicht schon längst zu diesem erfolgreichen Mittel gegriffen? Kämpfen lohnt sich!



Aufgelesen I:

Trotz Krise unglaublich viel Geld in den Unternehmen!

„ ... dass noch nie so viel Geld vorhanden war wie jetzt. Die börsennotierten Unternehmen in den Industriestaaten schütten Dividenden auf Rekordniveau aus. In Deutschland haben sich die Gewinne der Kapitalgesellschaften (ohne Finanzindustrie) seit 1991 auf 543

Milliarden Euro verdreifacht. Die Lohnquote, also der Anteil der ‚Massen-Einkommen‘ am Volkseinkommen, ist dagegen seither gesunken. In den Unternehmen hat sich – trotz Krisenjahren – so viel Geld angesammelt (...) für die europäische Politik wäre es daher besser, die in

den Unternehmen angesammelten Cash-Reserven anzuzapfen, wenn sie einen bestimmten Zeitraum sinnlos herumliegen. Denn von Investitionen profitieren alle, von hohen Dividenden nur wenige (...).

Aufgelesen aus: Wiener Zeitung, 13. Juni 2017 / Leitartikel von Reinhard Göwell

Aufgelesen II:

Ausschreibungen: Billigstbieter-Wahnsinn

„Der Wahnsinn bei den Linien-ausschreibungen wird immer ärger. Das Thema Bestbieter statt Billigstbieter wird nur mehr müde belächelt.

Nur ein Beispiel:

Die ÖBB-Postbus GmbH betreibt aufgrund einer Ausschreibung seit 2012 die Linie 94A mit 20 Lenker/innen. Die Busfirma Dr. Richard betreibt aufgrund einer Ausschreibung seit 2012 die Linie 71A mit 20 Lenker/innen.

Nun wurden diese Buslinien mit Beginn September 2017 neuerlich ausgeschrieben.

Und nun zum Ergebnis dieser Ausschreibungen: Dank des

Billigstbieterprinzips verliert die ÖBB-Postbus GmbH ihre Linie 94A an die Busfirma Dr. Richard und die Busfirma Dr. Richard verliert ihre Linie 71A an die ÖBB-Postbus GmbH.

Beide Busfirmen müssen nun neue Busse beschaffen, das aber zu einem niedrigen Kilometerpreis. Diese höheren Kosten werden wieder die Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Arbeitnehmer/innen verschlechtern.

Wir Betriebsräte werden dies bestimmt nicht zulassen, auch wenn es nicht leicht wird. Auf Hilfestellung der Politik, sprich Verkehrsministerium, brauchen wir sicher nicht warten bis das Bestbieterprinzip kommt.

Uns ist bewusst, solange man nicht selbst betroffen ist, macht man sich keine Gedanken darüber, aber wenn es uns nicht gelingt, **die Direktvergabe per Gesetz zu beschließen, wird sich dieser Wahnsinn in der kompletten Arbeitswelt niederschlagen.**

Zum Beispiel in der Stadt Wien. Die Stadt Wien vergibt direkt an die MA 48 die Müll-Entsorgung, wenn der Gesetzgeber die Direktvergabe nicht beschließt, so wird diese Dienstleistung künftig EU-weit ausgeschrieben.“

*Aussendung von Robert Wurm
Vorsitzender des Zentralbetriebsrates der
Bediensteten der ÖBB-Postbus GmbH und
Zentralausschussvorsitzender der
Österreichischen Postbus AG*



**Plattform:
Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung**



Traurige Nachricht:

ZBRV der AUVA, Kollege Wolfgang Gratzer, ist völlig unerwartet im Alter von nur 54 Jahren am 25. April 2017 verstorben.

Seit Anfang der 1990er Jahre setzte er sich für die Anliegen der Beschäftigten der Sozialversicherungen ein. In seiner Zeit als Vorsitzender der Gesundheitsberufe in der GPA-djp gab er maßgebliche Anstöße zu wichtigen Initiativen. Er setzte sich viele Jahre für die AUVA-Beschäftigten ein und war 2001 Gründungsmitglied und Aktivist unserer Plattform "proSV - keine Zerschlagung der Sozialversicherung".

Wolfgang Gratzer wusste ganz genau Bescheid um Bedeutung und Wert unserer Sozialversicherung als Solidarsystem, die gerade jetzt wieder von Seiten der Wirtschaft in Frage gestellt und angegriffen wird. Wir werden diesbezüglich im Sinne von Wolfgang Gratzer weiterarbeiten. Unser aufrichtiges Beileid für seine Frau, Familienmitglieder und Freunde.

„Lernen Sie Geschichte“,

so antwortete seinerzeit Bruno Kreisky, von 1970 bis 1983 Österreichs SPÖ-Bundeskanzler, auf eine unpassende Feststellung eines ORF-Reporters.

Geschichte. Ja. Heute sollen die arbeitenden Menschen, besonders die jungen Menschen, mit solchen Dingen nicht mehr allzu viel belästigt werden. Zu fad, längst vergangen usw. Ein anderer Spruch lautet: „Die herrschende Geschichte ist die der Herrschenden“. Wer (seine) Geschichte nicht kennt, hat auch kein Handwerkzeug für die Zukunft, wie man es besser, anders usw. machen könnte. Entweder um nicht immer wieder das Rad neu erfinden zu müssen, oder um keine falschen Schlüsse zu ziehen, oder um Zeit und Kraft zu sparen, im Sinne der arbeitenden Menschen vorwärts zu kommen. In diesem Sinne wollen wir in dieser Zeitung – wie schon einige Male in der Vergangenheit – in Zukunft in loser Folge geschichtliche Ereignisse, die in den üblichen Medien kaum Widerhall finden oder so gedreht werden, dass sie in die heutige Zeit bzw. in die Interessenslage der Regierenden passen, behandeln. Diesmal:

15. Juli 1927:

Der Brand des Wiener Justizpalastes vor 90 Jahren

Die Erfahrungen der Vergangenheit für die Zukunft nutzen!

Vorwort

Es wird jetzt viel geschrieben über den 15. Juli 1927. Auch gab es einen neuen TV-Film, der das Verfahren, den so genannten „Schattendorfer Prozess“, mit heutigen Top-Juristen nachstellte. Einer von Ihnen, der Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen Wien, Friedrich Forsthuber, sagt dazu: „Wir haben es mit einem überaus umstrittenen Urteil zu tun, bei dem das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen und die juristische Gerechtigkeit weit auseinandergeklafft sind.“ (Kurier, 27.6.2017). Und der Regisseur des Films, Fritz Kalteis, meint: „Wir können uns heute kaum vorstellen, wie locker damals Fäuste und Taschenfeitel gesessen sind und wie gewalttätig die politische Auseinandersetzung war“ (ebenda).

Kann man die Ereignisse noch verschleiender darstellen, als sie bloß als „Raufhandel“ oder als „Auseinanderklaffen“ des Gerechtigkeitsempfindens darzustellen?

Beschwichtigung

Gemeinsam ist allen Berichten und Kommentaren, ob von SPÖ, ÖVP

oder FPÖ, dass sie sich erstens lossagen von diesem Tag. Er hat nichts mit heute zu tun, liegt in der „aufgeheizten, gewaltbereiten“ Vergangenheit. Und zweitens wollen die Kommentatoren aus diesem 15. Juli, der einer der schmerzvollsten nicht desto weniger aber einer der wichtigsten Widerstands- und Kampftage der österreichischen Arbeiterbewegung war, einen Tag des Friedens zwischen Arbeit und Kapital und der Versöhnung machen.

Der 15. Juli 1927 soll uns – so die offizielle Sprachregelung – Mahnung sein, die politischen und sozialen Probleme durch Zusammenarbeit der Arbeiter und Kapitalisten, oder wie man heute sagt von Arbeitnehmern und Unternehmern, durch Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien zu lösen. Der Klassenkampf führe nur zu Gewalt und damit in die Arme des Faschismus.

Geschichtsbewusstsein

Die österreichischen Arbeiter sollen sich aber die Bedeutung dieses Tages, die Ereignisse die dazu führten, nicht nehmen, nicht umdeuten lassen. An diesem Tag fand offener, selbst organisierter und selbständiger Widerstandes der arbeitenden Menschen

gegen das Schandurteil von Schattendorf statt – und wurde von der Staatsmacht blutig niedergeschlagen.

Der 15. Juli 1927 verkörpert das Beste ihrer Tradition der österreichischen Arbeiterbewegung und offenbart gleichzeitig den Verrat der sozialdemokratischen Führung, die damals wie heute von sich sagt, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten und heute sich nicht einmal geniert mit einer faschistischen Nachfolgepartei zu koalieren.

Was war geschehen?

Am 30. Jänner 1927 waren in Schattendorf bei einer Kundgebung ein Arbeiter und ein Kind von faschistischen „Frontkämpfern“ erschossen, ermordet worden. Wieder einmal floss Arbeiterblut. Seit Jahren schon wurden bei Kundgebungen Versammlungen oder einfach auf offener Straße Arbeiter von Monarchisten und Faschisten ermordet. Und Ergebnis war immer das gleiche: die Mörder wurden freigesprochen. Setzte sich ein Arbeiter zur Wehr, war ihm jedoch das Gefängnis sicher. Wut und Erbitterung erfasste jedes Mal die Arbeiterschaft. Als dann am 14. Juli die Mörder von Schattendorf wie alle anderen freigesprochen wurden, war

das Maß voll. Diese unglaubliche Frechheit konnte sich die Arbeiterschaft nicht mehr länger bieten lassen.

Sofort nach dem Urteilsspruch kam es zu den ersten spontanen Kundgebungen. Die Arbeiter des Wiener Elektrizitätswerks beschlossen den Streik für den nächsten Morgen, die Arbeiter in den Betrieben forderten von ihren Führern Anweisungen. Sie kamen nicht. So handelten sie eben ohne Anweisungen. Um 8 Uhr früh schalteten die Elektrizitätsarbeiter ab: die Maschinen, die Straßenbahnen standen still. Es war das Zeichen, das Signal für die Betriebe. Zehntausende, die dann zu Hunderttausenden wurden, strömten auf den Ring. Mit dem Gefühl ihrer Kraft, mit der Wut gegen den kapitalistischen Staat, der solche Schandurteile möglich macht. Sie wussten, dass sie diesem Treiben ein Ende setzen mussten, wollten sie nicht der Reaktion einen Freibrief für ihre Verbrechen ausstellen. Sie waren stark und entschlossen, sie hatten das Heft noch in ihrer Hand und das konnten und wollten sie nicht aus der Hand geben. Die Reaktion musste eine Lektion erhalten.



Symbol der Unterdrückung

Der Justizpalast, dieses Symbol von Unterdrückung und Ungerechtigkeit, dieses Wahrzeichen des bürgerlichen Klassenstaates und seiner Justiz, in Flammen auf. Die Reiterattacken der Polizei konnten gegen die Massen nichts ausrichten. Dann wurde scharfe Munition ausgegeben. Die Polizei schoss in die wehrlose Menge: wie auf einer Hasenjagd wurden die Flihenden niedergeknallt. Die Bilanz: 89 Tote, über 1.000 Verletzte, ein Blutbad wie es Wien noch nie gesehen hatte.

Ohnmächtige Wut und grenzenlose Erbitterung in der Arbeiterschaft. Die arbeitenden Menschen forderten den Gegenschlag, den Angriff auf diesen kapitalistischen Staat, der die Arbeiter niederschließen ließ wie streunende Hunde. Sie waren bereit, zu kämpfen und zu siegen. Die Waffen hatten sie, aber sie waren in den Händen der sozialdemokratischen Führer. Und die hatten etwas anderes im Sinn.



Der Verrat

Nach Urteilsverkündung im Schattendorf-Prozess spürte die sozialdemokratische Führung, dass die diesmal die Massen nicht mehr zurückhalten und beschwichtigend auf sie einreden konnte. Die Führer wollten, wie sie später freimütig bekannten, der Wut ein Ventil schaffen. Sie rührten sich nicht, als die Betriebe Kampfmaßnahmen forderten und die Arbeiter auf die Straße gingen: sie wollten der Empörung freien Lauf lassen. In ihrer tiefen Verachtung der Massen hatten sie nie daran geglaubt, dass diese auch selbständig handeln könnten, dass die Bewegung zu einer Demonstration anwachsen könnte, die den kapitalistischen Staat herausfordert.

Sobald sich herausstellte, dass diese Demonstration alles bisher in den Schatten stellte, setzten die Führer alles daran, die Arbeitermassen wieder in den Griff zu bekommen. Das Mittel dazu sollte der Schutzbund sein, jene Organisation, die zum Schutz der Arbeiter von den Angriffen der Reaktion gegründet worden war. Mit Tränen in den Augen hatten Schutzbündler die Führer um die Ausgabe von Waffen angefleht, um ihre Klassenbrüder vor den Angriffen der Polizei schützen zu können. Die

Führung stellte sie zwischen die Fronten: wie wurden angeschossen von der Polizei und angespuckt von den Massen.

Die zweite Maßnahme war die Ausrufung des Generalstreiks. Von den Massen wurde er gefordert, um ihre eigene Kraft zu stärken, zusammenzufassen, um die Bourgeoisie in die Knie zu zwingen. Sie waren entschlossen, aufzuräumen und bereit, sich bis zum letzten einzusetzen. Anders die Führung: sie wollte den Streik ausnutzen, um die selbständig handelnden Arbeiter wieder unter ihre Führung und unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Bürgerlichen hatten diese Taktik sofort erfasst, noch während des Streiks schrieb die „Presse“: „Wir wollen nicht daran zweifeln, dass der Verkehrsstreik, das Ausschalten von Telegraph, Telefon, Post, Eisenbahn und Radio deswegen beschlossen wurde, um ein Weitergreifen des Unglücks zu verhindern und den Protest in friedliche Bahnen zu lenken“. Der Streik wurde genau zu dem Zeitpunkt von der Parteispitze abgebrochen, als die entschlossene Weiterführung die entscheidende Wendung gebracht hätte.



Orte der Zusammenstöße in Wien

Die Folgen

So aber führte der Kampf in die Niederlage und in die Resignation. Die Arbeiter gingen nach Hause, blutig geschlagen, verbittert, voll Zweifel an der Führung, vor allem aber an sich selbst und an die eigene Kraft. Was die Reaktion vergeblich versucht hatte, brachte die sozialdemokratische Führung durch ihre Politik zustande.

Heute sagt man uns, der 15. Juli 1927 habe zum Februar 1934 und schließlich zum Sieg des Nazifaschismus

geführt. Das stimmt. Aber nicht, weil die Arbeiter gekämpft haben, sondern weil ihnen die Führer nicht die Waffen zum Kämpfen gaben, weil die Führer Verrat übten. Der Faschismus nutzte die Wehrlosigkeit der Arbeiter, um ihnen gerade am Höhepunkt ihrer Kampfschlossenheit einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Kraft bröckelte ab und die Faschisten konnten es wagen, in die Offensive zu gehen. Sie hatten außerdem die Probe: im Ernstfall würde die sozialdemokratische Führung nicht zum Kampf aufrufen

Die Geschichte Österreichs würde anders aussehen ohne diesen Verrat an der Arbeiterklasse.

Eine Lehre

Möglich war dieser Verrat, weil die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ihr ganzes Vertrauen in ihre Führung gesetzt hatten, weil sie ihr auch noch dann noch vertrauten, als ihre Absichten schon offenbar waren. Daraus müssen wir eine Lehre ziehen: wir dürfen uns nicht auf die Führer verlassen, wir müssen nicht nur auf deren Worte, sondern vor allen auf deren Taten schauen.



Der 15. Juli 1927 ist nicht einfach ein Stück Vergangenheit. Es gibt viele Ähnlichkeiten zwischen der Situation von damals und von heute. Wir können sehen, dass es den Führern heute wie damals darum geht, die selbständigen Arbeiterkämpfe – sofern sie entstehen – unter ihre Kontrolle zu bringen. Zuerst schweigen sie und stehen abseits: senn er Kampf anwächst, unterstützten sie ihn scheinbar, um ich dann bei der erstbesten Gelegenheit abzuwürgen.



Nach dem 15. Juli schob die sozialdemokratische Führung den Arbeitern die Schuld an der Niederlage zu: sie hätten nicht ohne Anweisungen der „erprobten“ Führer handeln sollen. Um ähnliches zu vermeiden, sollten in Zukunft keine Aktionen ohne Zustimmung Führung durchgeführt werden. Und so wie damals wird uns auch heute eingeredet, dass die arbeitenden Menschen zu selbständigem und richtigem Handeln nicht fähig sind. Sie sollen sich daher den Spitzen in Partei und Gewerkschaft anvertrauen und ihnen alles überlassen.

Heute wie damals gilt aber, dass nur die Selbständigkeit der Arbeiterklasse, nur ihre absolute Unabhängigkeit von bürgerlichen „Arbeiter“-führern sie zum Erfolg bzw. Sieg bringen kann.“

(Leicht adaptiert mit zusätzlichen Zwischentiteln, nach einer Vorlage eines Artikels eines Zeitzeugen aus 1977, J.F. / VM Nr. 132/1977)

Nachwort

Vertrauen in „Plan A“, „Kriterien- oder „Wertekatalog“ oder gar in eine Koalition Rot-Blau schützen uns nicht vor Ausbeutung, Unterdrückung, Faschismus und Krieg, sondern machen die Rechten auf allen Ebenen, von der Wirtschaft bis zu Politik noch stärker.



8 – 8 – 8 - das haben wir vollbracht!

NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!

Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Freizeit – ist ein lang und blutig erkämpfter Fortschritt der Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist gut für Gesellschaft, Gesundheit und Familie! Darum sind wir Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen eine Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 Stunden am Tag in jeder Form – auch nicht auf Abtausch (z.B. gegen eine 6. Urlaubswoche).

Wir sind empört:

Das ist der bisher schärfste Angriff von Unternehmer und Regierung auf das Arbeitszeitgesetz, auf den gesetzlichen Schutz der Arbeiter und Angestellten vor Unternehmerwillkür. Wir können, wollen und werden nicht weiter zusehen, wie mit fadenscheinigen und teilweise bewusst falschen Aussagen in das Leben und die Rechte der ArbeitnehmerInnen eingegriffen werden soll.

Wegen den Wahlen vorerst Seitens der Wirtschaft nicht durchgesetzt. Aber: aufgeschoben ist nicht aufgehoben, daher:

UNTERSCHRIFTEN-

LISTE

NEIN zu 12 Stunden am Tag – egal in welcher Form!

Zum Herunterladen unter:

<http://proSV.akis.at>

Hochhausbrand

im Grenfell Tower, London, 13./14. Juni 2017

Anzahl der Toten: geheim

Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist verboten.

(nach Bert Brecht)



► Bekannt ist mittlerweile, dass die Hausverwaltung auf eine Billig-Fassade in den Sozialbauten pochte, um rund 300.000 Euro einzusparen. Dutzende Menschen bezahlten mit dem Leben.

► Inzwischen wurden in Großbritannien 160 weitere Hochhäuser mit gefährlicher Fassadenverkleidung ausgeforscht.

► FPÖ-Landeshauptmann-Stellvertreter und Wohnbau-Landesrat Haimbuchner hat sich am 9. Mai dafür stark gemacht, beim Brandschutz im sozialen Wohnbauten zu sparen. „**Die gesetzlichen Bestimmungen zum Brandschutz, zur Barrierefreiheit oder zum Klimaschutz treiben die Baukosten im sozialen Wohnbau in die Höhe**“, so Haimbuchner. Nur durch ein Abgehen von Auflagen und Vorschriften werde sich sozialer Wohnbau und leistbarer Wohnraum mittel- und langfristig gewährleisten lassen, so Haimbuchner gegenüber dem Neuen Volksblatt damals. Er kann sich auch vorstellen, nur für diesen Sektor die Anforderungen zurückzuschrauben. (Quelle: www.politknews.at)

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

133/17

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des obgenannten Vereins.

Arbeitszeitflexibilisierung

Was die Unternehmer wollen ist klar: 12-Stunden-Tag (10 Stunden tägliche Normalarbeitszeit, 12 Stunden tägliche Höchstarbeitszeit, 60 Stunden Wochenarbeitszeit, 2 Jahre Durchrechnung).

Die AK und Gewerkschaften rechnen vor, dass das bedeuten würde, dass den arbeitenden Menschen, wenn das kommt, 1,5 Milliarden Euro an vorenthaltenen Überstundenzuschlägen kosten würde.

Schon jetzt argumentieren die Gewerkschaften defensiv, seien „die gesetzlichen und kollektivvertraglichen Möglichkeiten zur Arbeitszeitgestaltung sehr groß und gestatten „viel Flexibilität wie Bandbreiten- und Durchrechnungsmodelle, Schichtmodelle, Gleitzeit oder 4-Tage-Woche. „Auch die Ausweitung der täglichen Höchstarbeitszeit bei einem ‚vorübergehend besonderen Arbeitsbedarf‘ auf 12 Stunden ist schnell und unbürokratisch möglich. Allerdings nur mit Zustimmung des Betriebsrates. Ebenso können durch Kollektivvertrag verschiedene flexible Normalarbeitszeitregelungen ohne Überstundenzuschläge (langfristige Durchrechnungszeiträume) vereinbart werden.“ (zit. Aus „Wahrheit“, Betriebszeitung der voestalpine der SPÖ Linz und der SPÖ VOEST, Mai 2017).

Hier ist die ganze Palette der Zugeständnisse an die Unternehmenseite aufgezählt. So verwundert es nicht, dass viele SPÖ- und ÖGB-Mitglieder die Nase voll haben.

Zu einer „Sozialpartner“-Einigung einer weiteren Arbeitszeitflexibilisierung kam es vor den Neuwahlen am 15. Oktober vorerst nicht. Gut so! Denn wer braucht noch mehr Flexibilität und wozu?

Und was hätten die Gewerkschaften davon, zuzustimmen? Die Unternehmer selbst, die sonst die 12-Stunden-Flexibilisierung als gut für die Arbeitenden bezeichnen, jammern jetzt, dass der Mindestlohn-Vereinbarung (1.500,- Euro für alle bis 2020), die „sie“ 900 Millionen kosten würde, nichts gegenüberstehe – nämlich die Arbeitszeitflexibilisierung. Also doch das Eingeständnis, dass sich die Firmen von den Arbeitern und Angestellten mit der „Flexibilisierung“ nur Geld holen wollen bei noch schlechteren Arbeitszeiten für uns.

Die Unternehmenseite, angeführt von WKO-Präsident Leitl monierte auch, dass die Gewerkschaften von SPÖ-Kanzler Kern unter Druck gesetzt wurden, keine Einigung bei der Arbeitszeit zu erzielen.

Warum ÖGB oder Gewerkschaften bei so viel bereits vorhandenen Zugeständnissen an die Unternehmenseite was die Arbeitszeitgestaltung und den Verlust von Überstundenzuschlägen betrifft und dem drohenden Einkommensverlust der Mitglieder und aller arbeitenden Menschen zu einer weitergehenden Arbeitszeitflexibilisierung bereit gewesen sein sollen, eröffnet sich nicht. Auch der Abtausch mit einer „6. Urlaubswoche für alle“ ist für die Arbeiter- und Angestelltenseite ein Verlustgeschäft. Denn die Vorteile einer Arbeitszeitflexibilisierung würden die Unternehmen gleich kassieren können (weniger Überstundenauszahlungen) während eine 6. Urlaubswoche für alle (besonders die Jungen) erst in Jahrzehnten schlagend werden würde. Aber wer weiß, schon öfters gab es Zustimmung von Gewerkschaftsseite zu Unternehmerforderungen (siehe oben) ohne wirklicher Gegenleistung, bzw. oft nur für Besserverdienende.

Die Gewerkschaftsspitzen treibt die Angst, dass ihnen die Unternehmer den Sessel vor die Kollektivvertragstür stellen, wie das ja tatsächlich immer häufiger passiert (Metallindustrie oder Grafisches Gewerbe usw.). Die Unternehmer wollen am besten überhaupt keinen Kollektivschutz mehr. Das ist und bleibt ihr Ziel. Zurück um 150 Jahre, Ausbeutung pur.

ÖGB und Gewerkschaftsspitzen dürfen nicht starr sein wie das Karnickel vor der Schlange, sondern müssen sich bewegen. Wirklich bewegen. Nicht bloß Scheinkampagnen. Die Unternehmer verhandeln nur so lange, so lange sie sich nicht stark genug fühlen. Wenn wir der Unternehmenseite nicht kämpfend gegenüber treten ist das Ende vorprogrammiert. Werden bei jeder KV-Runde die Kollektivverträge immer mehr durchlöchert wie ein Schweizer Käse, bleibt am Ende nichts mehr übrig – weder vom KV noch von der viel strapazierten „Verhandlungsmacht“ von ÖGB und Gewerkschaften. Dann erst zu kämpfen ist zu spät!

Liebe KollegInnen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen und wünschen allen einen schönen Sommer.

Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team

NEUES

Spenden-Konto

Einzahlungen

mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK

Verwendungszweck: Spende

IBAN:

AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW